
Ernst Breit

Die Wahlprüfsteine '83

Im vergangenen September ist die sozial-liberale Koalition nach 13jähriger Zusammenarbeit auseinandergebrochen. Sie wurde abgelöst von einer konservativ-liberalen Koalition, die eine Regierung auf Zeit begründete mit der Absicht, sich im Frühjahr einer Bundestagswahl zu stellen.

Ich will an dieser Stelle die Art und Weise, wie der Regierungswechsel inszeniert und der Weg zu den Neuwahlen beschritten wurde, nicht bewerten. Was heute gilt, ist das Ergebnis: Am 6. März 1983 werden die Bürger unseres Landes eine neue Regierung wählen.

Die Politiker haben sich darauf vorbereitet. Sie haben ihre Wahlprogramme verabschiedet, die ihre politischen Vorstellungen für die kommende Legislaturperiode zusammenfassen. Jetzt stehen die Bürger vor der Entscheidung, welcher der von den Parteien vorgezeichneten Wege beschritten werden soll, um die sich auftürmenden innen- und außenpolitischen Probleme zu meistern.

Die Wahlprüfsteine des DGB - Meßlatte zur Bundestagswahl

Ziel des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften ist es, die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer zu sichern und zu verbessern. Dies können sie auf zwei unterschiedlichen Wegen erreichen: In ihrer Tarifpolitik vertreten sie die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern und ihren Verbänden; im politischen Bereich richten sie ihre Forderungen und Vorschläge an die politischen Parteien, Parlamente und Regierungen.

Selbstverständlich ist und bleibt die Tarifpolitik das Herzstück gewerkschaftlicher Arbeit. Hier besitzen die Gewerkschaften unmittelbare Handlungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten. Über die Tarifpolitik verfolgen die Gewerkschaften das Ziel, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer einschließlich der Einkommen zu sichern und zu verbessern. Sie wollen hier aber auch ihren Beitrag dazu leisten, Arbeitsplätze zu erhalten und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wichtigstes Mittel dazu bleibt die Arbeitszeitverkürzung, in welcher Form auch immer.

Die Tarifautonomie besitzt für die Gewerkschaften einen zentralen Stellenwert. Sie gegen jegliche Vorstöße zu sichern, bleibt eine wichtige Forderung, die sich auch an Parteien und Regierungen richtet.

Der eigene, autonome Handlungsspielraum der Gewerkschaften stößt dort an seine Grenzen, wo gewerkschaftliche Forderungen und Ziele durch Gesetz oder durch die Politik der Regierungen erfüllt werden müssen. Dies zu verwirklichen bleibt Aufgabe der Parteien, die sich nun zur Wahl stellen.

Die Gewerkschaften fordern die Arbeitnehmer auf, die Programme und die Kandidaten der Parteien mit den gewerkschaftlichen Forderungen zu vergleichen. Als Meßlatte für diese Prüfung hat der Deutsche Gewerkschaftsbund wie in der Vergangenheit Wahlprüfsteine beschlossen, die die Ziele der Gewerkschaftsbewegung in konzentrierter Form wiedergeben - angesichts der wachsenden Wirtschaftskrise will der DGB einige wenige, unverzichtbare Forderungen in das Zentrum der Prüfung stellen: den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Demokratisierung der Wirtschaft, die soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Frieden und Entspannung.

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit - Herausforderung für die Gesellschaft

Die Bundestagswahl 1983 steht ganz im Zeichen der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Bestehen der Bundesrepublik. Mit mehr als zwei Millionen Arbeitssuchender hat die Arbeitslosigkeit ein bisher unvorstellbares Ausmaß erreicht. Eine Wende auf dem Arbeitsmarkt ist gegenwärtig aber nicht abzusehen. Im Gegenteil: Alle bisher bekannten Prognosen sagen voraus, daß das Ziel der Vollbeschäftigung ohne ein aktives Gegensteuern des Staates bis in die 90er Jahre hinein nicht erreicht werden kann.

Die Arbeitslosigkeit stellt eine Herausforderung ersten Ranges für die Gesellschaft dar. Sie bedroht nicht nur die Existenzgrundlage der Betroffenen; sie setzt Angst, Abwehrhaltungen, Zweifel frei: Im Schatten der Massenarbeitslosigkeit wachsen Skepsis gegenüber der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung und Zweifel am demokratischen Rechtsstaat.

In der politischen Diskussion wird oft der finanzielle Aspekt der Arbeitslosigkeit, das Sinken der Steuereinnahmen und die Mehrausgaben der Sozialversicherungen, in den Vordergrund gestellt. Sicherlich sind dies schwerwiegende wirtschaftliche Probleme der Beschäftigungskrise. Mir erscheint es zumindest ebenso wichtig, das grundsätzlichere, tief ergehende Problem bei aller wirtschaftspolitischen Diskussion nicht aus dem Auge zu verlieren: die Gefahr, die unserem demokratischen Staat insgesamt aus der wachsenden Arbeitslosigkeit droht.

Deshalb muß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit das vorrangige innenpolitische Ziel für die Politik der nächsten Jahre sein. Das Vollbeschäftigungsziel ist jedenfalls ein zu hohes Gut, als daß es durch ideologische Starrköpfigkeit, parteipolitische Zänkereien oder gruppenegoistische Interessen leichtsinnig aufs Spiel gesetzt werden könnte.

Unsere eigenen Erfahrungen der vergangenen Jahre wie auch die anderer Länder zeigen, daß konservative Rezepte, die Wirtschaftskrise zu überwinden, nicht greifen. Überzogene Sparbeschlüsse bei den öffentlichen Haushalten, Einschnitte in das soziale Netz, globale Steuergeschenke für Unternehmen und Bezieher hoher Einkommen sowie Lohnpausen sind unsozial und führen allenfalls zu einer kurzfristigen konjunkturellen Scheinblüte - eine grundlegende wirtschaftliche Änderung bewirken sie nicht.

Der DGB hat schon seit Jahren in seinem Vollbeschäftigungsprogramm ein überzeugendes Bündel wirtschaftspolitischer Maßnahmen aufgezeigt. Wichtiger Bestandteil dieses Programms stellt die Forderung nach staatlichen Maßnahmen dar - mit dem Ziel, das qualitative Wachstum zu beschleunigen. Die bisherige Politik von Bund, Ländern und Gemeinden, die öffentlichen Investitionsausgaben zu kürzen, steht hierzu im Gegensatz. Die öffentlichen Investitionsausgaben müssen deshalb wieder verstärkt werden. Der DGB fordert darüber hinaus ein zusätzliches mittelfristiges Programm für Zukunftsinvestitionen in einem Umfang von jährlich mindestens 10 Milliarden DM, das die öffentlichen Investitionen gezielt in gesellschaftlich wichtigen Bereichen wie Energieeinsparung, sozialen Wohnungsbau und Umweltschutz lenkt.

Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik unumgänglich. Es wäre fatal, wenn der Staat sich unter dem Vorwand der steigenden finanziellen Lasten von einer aktiven Arbeitsmarktpolitik verabschieden würde. Besondere Anstrengungen sind dabei für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erforderlich. Den ins Berufsleben hineindrängenden Jugendlichen muß ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Arbeitsplätzen zur Verfügung gestellt werden. Die große Wirtschaftskrise im er-

sten Drittel unseres Jahrhunderts sollte uns eine Lehre sein: Eine Jugend ohne Arbeit und ohne Perspektive wird auf Dauer nicht bei stiller Staatsverdrossenheit stehenbleiben.

Schließlich muß durch eine bessere soziale Beherrschung des technischen Wandels verhindert werden, daß Produktivitätsfortschritte den Wachstumsraten und damit den Arbeitsplätzen davonlaufen. Sicherlich bedarf es gerade in diesem Punkt sorgfältigen Abwägens. Produktivitätsfortschritte durch neue Technologien waren und sind wichtig für den Lebensstandard der Arbeitnehmer und die Absatzchancen der Unternehmer. Aber wir werden Produktivitätsfortschritte auf Dauer nicht bezahlen können, wenn sie ungezügelt Arbeitsplätze kosten. Außerdem müssen Produktivitätsfortschritte einen Beitrag zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen leisten. Eine bedingungslose Förderung der technologischen Entwicklung ohne eine Technologiefolgenabschätzung, ohne den Ausbau der Mitbestimmung, ohne ein gezieltes Programm zur Humanisierung der Arbeit, findet nicht unsere Zustimmung.

Mitbestimmung - Prüfstein der Demokratie

In den wirtschaftspolitischen Debatten dieser Tage ist oft von der Notwendigkeit die Rede, die Rahmenbedingungen für eine Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung zu verbessern. Dabei sollte nicht übersehen werden, welche Bedeutung die immateriellen Rahmenbedingungen - wie der soziale Frieden - für unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit besitzen. Deshalb kann ich nur jeden warnen, der den Versuch unternimmt, die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften einzuschränken - und sei es auch „nur“ durch verdeckte Lohnleitlinien in Regierungserklärungen.

Die Gewerkschaften stehlen sich nicht aus der Mitverantwortung, wenn Wirtschafts- und Beschäftigungskrise die sozialen Probleme verschärfen. Aber man kann von den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften nicht Verantwortung verlangen, wenn man gleichzeitig nicht bereit ist, ihre Mitbestimmung zu akzeptieren. Mitverantwortung und Mitbestimmung gehören zusammen!

Die fragwürdige Arbeitsteilung, bei der sich die wirtschaftlichen Entscheidungen an den Interessen der Kapitalgeber ausrichten, während die Arbeitnehmer, ihre Betriebsräte und ihre Gewerkschaften die sozialen Folgen zu bewältigen haben, muß endlich beendet werden. Die Verwirklichung der Mitbestimmung ist deshalb ein zentrales Anliegen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften. An die Parteien richtet der DGB die Forderung,

- die Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalrechte zu erweitern;

- die Montanmitbestimmung durch eine Ausweitung auf die gesamte Wirtschaft dauerhaft zu sichern;
- die Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich zu verwirklichen.

Ohne eine demokratische Verfassung des Wirtschafts- und Arbeitslebens, ohne die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie bleibt die politische Demokratie unvollendet. Mitbestimmung ist der Prüfstein der Demokratie.

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit-Verpflichtung des Sozialstaates

Für das System der sozialen Sicherheit wird die Wirtschaftskrise zu einer schweren Belastungsprobe. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit wachsen die sozialen Aufgaben, die finanziert werden müssen. Auch angesichts dieser Finanzierungsschwierigkeiten ist es unverantwortlich, das Netz der sozialen Sicherung zu denunzieren und von einem „ausufernden Sozialstaat“ zu reden.

Eine Politik, die sich dem Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes verpflichtet fühlt, darf gerade in der Wirtschaftskrise die Stützpfeiler des Sozialstaates nicht einreißen. Sicherlich ist es notwendig, die Sozialpolitik den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Unsystematische Sparoperationen, die alljährlich je nach Haushaltslage mal tiefer oder weniger tief eingreifen, lösen diese Aufgabe jedoch nicht. Vordringlich sind zunächst eine gründliche Analyse und eine umfassende Bestandsaufnahme. Auf dieser Basis können die Systeme der sozialen Sicherung mit dem Ziel umstrukturiert werden, das Erreichte zu sichern und die strukturellen Probleme der einzelnen Bereiche zu lösen. Einen Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung darf es nicht geben. Die Lasten der Wirtschaftskrise müssen sozial gerecht verteilt werden.

Frieden und Entspannung - Grundlagen des Fortschritts

Die Menschen sorgen sich um die Erhaltung des Friedens. Der Wille vieler Bürger, sich selbst für den Frieden zu engagieren, ist gewachsen - und mit ihm das Bewußtsein der Menschen, daß mehr Rüstung keine zusätzliche Sicherheit schafft, aber die wirtschaftlichen und sozialen Belastungen steigert, die vor allem die Arbeitnehmer in allen Teilen der Welt zu tragen haben.

Dies sollte Mahnung und Verpflichtung für die Politiker zugleich sein, ihre Bemühungen zu verstärken, die Konflikte in der Welt auf friedlichem Wege zu schlichten und der Aufrüstung ein Ende zu setzen. Angebote, die diesem Ziel dienen, sollten unvoreingenommen geprüft und bewertet werden. Das starre

Festhalten an ideologischen Feindbildern sollte dort ein Ende finden, wo das Überleben der ganzen Menschheit auf dem Spiele steht.

Die Gewerkschaften setzen sich dafür ein, daß der Friede durch Abrüstung sicherer wird. Sie wollen den Prozeß der Entspannung tatkräftig weiter unterstützen.

Es gehört zu den historischen Leistungen der sozial-liberalen Koalition, die Grundlagen für eine Aussöhnung und die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Völkern und Staaten sowie für eine Normalisierung der Beziehungen zur DDR geschaffen zu haben. Auf dieser Grundlage konnte sich der Entspannungsprozeß in Europa entwickeln. Die Gewerkschaften sehen heute keinen Anlaß, die Grundlagen der Außen- und Sicherheitspolitik zu erneuern. Die Entspannungspolitik muß fortgesetzt werden; zwischen den Staaten in Ost und West - aber auch zwischen denen in Nord und Süd - muß die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Nutzen aller Völker weiterentwickelt werden.

Arbeitnehmer fordern: Wahlkampf der Sachargumente

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat mit den Wahlprüfsteinen '83 seine zentralen Forderungen an die Parteien für die nächste Legislaturperiode gerichtet. Die Parteien täten gut daran, den Wähler ernstzunehmen und sich den Sachfragen zu stellen. Sie sollten den Forderungen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften nicht ausweichen oder Zuflucht in unglaubwürdigen Schuldzuweisungen suchen.

Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften werden die Parteien nicht an Schlagworten oder ideologischen Plattitüden messen, sondern an ihren konkreten Vorhaben, die Beschäftigungskrise zu überwinden, die Demokratie im Wirtschaftsleben auszubauen, das soziale Netz zu sichern und den Frieden zu bewahren!